

nahme entfällt auf die gestiegene Verschiffung von Komponenten an Tochterunternehmen und sino-japanische Joint Ventures, die in China Produkte für den japanischen Markt zusammenbauen. So stiegen die japanischen Exporte von elektronischen Teilen wie Halbleitern um 49% auf rd. 1 Mrd. US\$ von 0,669 Mio. US\$ im 1. Halbjahr des Vorjahres. Gleichzeitig erhöhte sich der Import von Personalcomputern und Periphergeräten um 86% auf 1,25 Mrd. US\$ (1. Halbjahr 1999: 0,671 Mrd. US\$).

Die Importe im 1. Halbjahr aus China wiesen einen Anstieg um 32% auf und lagen bei 25,26 Mrd. US\$ (1. Halbjahr 1999: 19,14 Mrd. US\$). Hieraus ergibt sich ein Handelsüberschuss für China in Höhe von 11,76 Mrd. US\$, eine Zunahme um 39% bzw. 8,46 Mrd. US\$.

Nicht durch japanische Unternehmen der Elektronikindustrie, insbesondere Hersteller von PCs und audiovisuellen Geräten, produzieren verstärkt in China, sondern auch die Fabrikation von Bekleidung für japanische Konsumenten erfolgt in zunehmendem Maße im Nachbarland. Beispielsweise besitzt das Unternehmen Fast Retailing Co. eine umfangreiche Ladenkette in Japan und lässt in China bereits 90% seiner Produkte fertigen. (AWSJ, 7.9.00) -schü-

tionen von 22 Mrd. Yuan und 351 Vereinbarungen entfiel der Hauptteil dieser Verträge auf die Provinz Guizhou, die die Konferenz ausgerichtet hatte.

Der Zusammenarbeit ländlicher Unternehmen wird ein großes Potenzial von der Regierung zugeschrieben. Diese Unternehmen sind nach Statistiken des Landwirtschaftsministeriums von entscheidender Bedeutung für die Einkommen der ländlichen Bevölkerung geworden. Einkünfte aus den ländlichen Unternehmen tragen mit mehr als 30% zu den Einkommen der ländlichen Bevölkerung bei. Die Unternehmen spielen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ebenfalls eine herausragende Rolle, da sie ein Drittel des BIP stellen und mit rd. 40% zu den Deviseneinnahmen aus Exporten beitragen.

Der Kooperation von Unternehmen wird auch Chancen in neuen Wirtschaftsbereichen eingeräumt. So präsentierten die Provinzen Guizhou, Yunnan, Guangxi, Gansu, Xinjiang, Innere Mongolei und Ningxia auf dem Symposium ihre Kooperationsprojekte zur Erschließung von mineralischen Ressourcen, Tourismus- und Infrastrukturprojekte, Projekte im Bereich der Energieerzeugung, Kommunikation, Umweltschutz und landwirtschaftliche Industrialisierung. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 23.8.00, nach SWB FE/W0656/CNS 6.9.00)

Auf ein Beispiel für die wachsende Ost-West-Zusammenarbeit weist die *Guangming Ribao* am 4.8.00 hin. So sollen Unternehmer aus der Stadt Wenzhou (Provinz Zhejiang) in den elf Provinzen Westchinas bereits rd. 20 Mrd. Yuan investiert haben. Das Kapital floss in erster Linie in den Aufbau von Märkten für den Absatz von Wenzhouer Produkten. Im letzten Jahr soll der Verkaufsumsatz Wenzhouer Unternehmen in den Westprovinzen ein Volumen von rd. 600 Mrd. Yuan erreicht haben; die Gewinne beliefen sich dabei auf rd. 8 Mrd. Yuan.

Die Entwicklung der Westregion Chinas zählt nach wie vor zu den zentralen Themen der Regierung und findet ihren Niederschlag in vielen Medienberichten. Hierzu zählt beispielsweise der Bericht über ein Treffen hochrangiger Beamter aus verschie-

denen westchinesischen Provinzen, autonomen Regionen und Metropolstädten. Im Einzelnen handelte es sich um Sichuan, Yunnan, Guizhou, Guangxi, Chongqing, Chengdu und Tibet, die während des Treffens eine engere wirtschaftliche Kooperation vereinbarten. Das erste Treffen dieser Art war 1984 von Sichuan, Yunnan, Guizhou, Guangxi und Chongqing organisiert und dann auf Chengdu und Tibet ausgedehnt worden. An dem diesjährigen Treffen nahmen auch Vertreter der Ostküstenregion teil, und zwar aus Shanghai, Tianjin, Guangdong, Shandong und Fujian.

Auf dem Treffen wurde eine engere Zusammenarbeit im Umweltschutz am Unter- und Mittellauf des Yangzi und im Perlfussgebiet sowie eine Kooperation im Technologiebereich und ein Austausch von Fachkräften diskutiert. (XNA, 6.9.00)

Zur staatlichen Förderung der Entwicklung Westchinas will die Regierung nach Angaben der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission voraussichtlich im Oktober d.J. politische Vorgaben sowie ein Maßnahmenpaket vorstellen. Die Maßnahmen sollen zur weiteren Reform der staats-eigenen Unternehmen beitragen, sie beleben und sie zu einem Motor in der Entwicklung der Region Westchinas werden lassen. Neben dieser eher konservativ anmutenden Maßnahme soll zum Gesamtpaket außerdem die Förderung exportorientierter Unternehmen, der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit dem Ausland sowie Anreize für Unternehmen aus der Ostregion zählen, in den westlichen Provinzen zu investieren. Als Instrumente sind Steuern, Preise, Investitionen, ausländische Direktinvestitionen und handelspolitische Instrumente vorgesehen.

Innerhalb des 10. Fünfjahresplanes (2001-2005) wird die Förderung der Westregion ebenfalls eine besondere Position einnehmen. In diesem Jahr sind Investitionen in Höhe von 32,6 Mrd. Yuan (3,93 Mrd. US\$) für den Bau von 78 großen und mittelgroßen Projekten in Westchina vorgesehen. (XNA, 15.8.00) -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

### 25 Chancen der Ost-West-Kooperation

Ende August fand in Guiyang ein fünftägiges nationales Symposium zur Zusammenarbeit zwischen ländlichen Unternehmen in Ost- und Westchina statt. Das Symposium wurde vom Landwirtschaftsministerium gefördert, dem die ländlichen Unternehmen unterstehen.

Während des Symposiums wurden nach Angaben der Xinhua-Nachrichtenagentur 636 vertragliche Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmen in den Ost- und Westprovinzen abgeschlossen, die insgesamt ein Investitionsvolumen von 33,34 Mrd. Yuan umfassen. Mit Inves-

## 26 Aufforderung an politische Führung aktiv gegen extreme ländliche Armut vorzugehen

Am Beispiel eines Beschwerdebriefes, den ein lokaler Parteisekretär aus der Stadt Qipan, Provinz Hubei, an die politische Führung richtete, weist die *International Herald Tribune* auf die extreme Armut in einigen ländlichen Gebieten Chinas hin.

In diesem Brief beschreibt der Parteisekretär Li Changping, dass viele alte Menschen keine ausreichende materielle Absicherung besitzen und viele Kinder nicht in der Lage sind, auf Grund fehlender Mittel die Grundschule zu besuchen. Dieser im März an die politische Führung gerichtete Brief soll im August in den staatlichen Medien veröffentlicht worden sein. Dabei sollte die Aufmerksamkeit auf die teilweise sehr großen wirtschaftlichen Probleme in den ländlichen Gebieten gelenkt werden. Dazu zählt, dass die bäuerlichen Einkommen seit den letzten vier Jahren nahezu stagnierten, und dass die Lokalregierungen immer mehr Steuern von den Bauern verlangten.

Li beklagt in seinem Brief vor allem die Erhebung von hohen Steuern und Abgaben durch die Lokalbehörden. So bezahle eine Familie mit fünf Personen, die eine landwirtschaftliche Nutzungsfläche von 8 Mu (1,3 Hektar) gepachtet hätte, Steuern in Höhe von 365 Yuan pro Jahr und müsse zusätzlich kollektive Arbeiten in der Bewässerung und im Flutschutz leisten. Weiterhin müssten die Bauern Abgaben für das Eigentum an einem privaten Haus und für die ihnen zugewiesene Privatparzelle (i.d.R. zum Anbau von Gemüse und Obst) zahlen. Obwohl die Zentralregierung die Erhebung von Abgaben für die Bildung und auf den Tierbestand untersagt habe, würden solche Gebühren ebenfalls weiter von den Lokalbehörden eingefordert werden.

Li weist darauf hin, dass 80% der Bauern in seiner Gemeinde mit Verlusten arbeiteten. Während 1995 noch 85% der Bauern Geld auf dem Sparkonto gehabt hätten, seien ebenso viele nun verschuldet. In den Dörfern seiner Gemeinde weise der lokale Haushalt im Durchschnitt ein Defizit von

50.000 Yuan aus. Jedes Dorf besitze im Durchschnitt Schulden in Höhe von 75.000 Yuan und müsse darauf pro Monat 2% Zinsen zahlen. Während in anderen Dörfern die Bauern offen demonstrierten, würden die Bauern in Qipan das Land verlassen und sich an einem anderen Ort nach einer Beschäftigung umsehen. (IHT, 5.9.00)

Zu den Problemen auf dem Land gehört auch, dass viele ländliche Unternehmen, die eine zentrale Rolle für die Einkommen spielen, in manchen Regionen in Schwierigkeiten geraten sind. Weiterhin führten die guten Ernten zu einem Preisverfall und zur Weigerung von staatlichen Ankaufsstationen, das gesamte Getreide einer Ernte aufzukaufen. In einigen Regionen verlangten die staatlichen Ankaufsstationen extra Gebühren von den Bauern für die Lagerung von Getreide. Vor diesem Hintergrund ist die Zahl der teilweise gewalttätigen Proteste der Bauern gestiegen. Beispielsweise sollen im August Zehntausende von Bauern in der Provinz Jiangxi gegen die Erhebung lokaler Abgaben demonstriert haben, die von der Zentralregierung ersatzlos gestrichen worden waren.

Die Proteste der Bauern traten vor allem in einer Reihe von Gemeinden auf, die in der Nähe der Stadt Fengcheng liegen. (Siehe dazu auch die Übersicht „Gewaltsame Bauernunruhen in Jiangxi“ in diesem Heft.) Allerdings gibt es über den Verlauf der Proteste unterschiedliche Berichte. Während die *International Herald Tribune* auf Zeugen und die aktive Rolle von lokalen Parteisekretären und Dorfkomiteeleitern bei den Protesten verweist, berichtet das *Asian Wall Street Journal* von Zerstörungen der Büroräume der Yuangdu-Gemeinderegierung durch aufgebrachte Bauern. (AWSJ, 30.8.00; IHT, 5.9.00)

Die ländliche Armut wird durch das unzureichend ausgebaute soziale Sicherungsnetz nur wenig aufgefangen. Nach einem Bericht der Xinhua-Nachrichtenagentur sollen zwar inzwischen fast 2.000 von 2.687 Kreisen die Basis für ein ländliches Wohlfahrtssystem aufgebaut haben. Das Mindestsicherungssystem bietet den ländlichen Familien, deren Jahreseinkommen unterhalb des regionalen Durchschnitts liegt, eine Unter-

stützung. Allerdings wurden im Jahre 1999 erst 930 Mio. Yuan in Bargeld und Sachmitteln an 3,16 Mio. Bauern ausgegeben. (XNA, 8.8.00) -schü-

## 27 Geringere Sommergetreideernte

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes verzeichnete die Sommergetreideernte einen Rückgang um 9,3% gegenüber der Vorjahresperiode. Die Getreideernte erreichte ein Volumen von 107,5 Mio. t.

Lediglich sechs von 26 Provinzen wiesen einen Anstieg der Getreideernte auf. Größere Rückgänge traten in den Provinzen Jiangsu (-2,96 Mio. t), Shandong (-2,58 Mio. t), Anhui (-1,58 Mio. t), Hebei (-0,75 Mio. t), Hubei (-0,7 Mio. t) und Henan (-0,5 Mio. t) auf.

Der Einbruch in der Sommergetreideernte wird auf die Reduzierung der Anbauflächen für Sommergetreide sowie auf die starke Dürre zurückgeführt, die große Teile des Landes betroffen hat. Offiziellen Statistiken zufolge war die Anbaufläche für Sommergetreide um 5,1% geringer und betrug 25,52 Mio. Hektar. Als Folge sank die Ernte um 5,94 Mio. t. Dieser Rückgang stellt 54% der gesamten Outputreduzierung dar. Die geringere Anbaufläche für Sommergetreide ist eine Reaktion der Bauern auf die Politik der Regierung, die für Getreide minderer Qualität keine Preisgarantie mehr gibt.

Die Dürre in den Sommermonaten wird als die schwerste Dürre seit 1990 eingeschätzt. In der Provinz Hebei wurden durch die Trockenheit 1,2 Mio. Hektar Land betroffen und rd. 50.000 Hektar vollständig zerstört. (XNA, 2.8.00)

Auch die Getreideproduktion in der Provinz Jilin wurde durch die Dürre stark beeinträchtigt, und der Getreideoutput ging um rd. 5 Mrd. Kilogramm zurück. Nach Angaben des Provinzgouverneurs wurden 3,265 Mio. Hektar Land in Mitleidenschaft gezogen. Auf einer Fläche von 0,976 Mio. Hektar konnte kein Getreide mehr geerntet werden. Die daraus resultierenden Verluste beliefen sich auf 6,59 Mrd. Yuan. (XNA, 10.8.00)

Nach Einschätzung von Huang Jikun von der Chinese Academy of Agricultural Sciences werden die Bauern vom Rückgang der Getreideernte durch höhere Preise profitieren. Für das gesamte Jahr werde mit einer Getreideernte in Höhe von nur 490 Mio. t gerechnet. Ein Preisanstieg von derzeit 1.100 Yuan pro Tonne Getreide auf 1.200 Yuan wird als durchaus möglich angesehen. (SCMP, 2.8.00) -schü-

## 28 Pudong wird Shanghais 16. Bezirk

Zehn Jahre nach dem Beschluss des Staatsrates, Pudong zu einer neuen Sonderzone zu machen, wurde der Stadtteil nun zum 16. Bezirk der Stadt Shanghai ernannt. Damit endete ein Kapitel bei der Erschließung des Ostufers des Huangpu-Flusses und Pudong. Eine stark subventionierte und mit vielen Investitionen bedachte Region kam unter die direkte Kontrolle Shanghais.

Seit ihrer Gründung wurde von der Zentral- und der Stadtregierung ein Gesamtvolumen von 180 Mrd. Yuan mit dem Ziel in die Sonderzone investiert, Pudong zu einem Zentrum der verarbeitenden Industrie sowie zu einem Handels- und Finanzzentrum aufzubauen.

Ausländische Unternehmen investierten bis Ende 1999 insgesamt in 5.942 Projekten 29,443 Mrd. US\$. Zu den wichtigsten ausländischen Unternehmen in Pudong gehört der US-amerikanische Automobilhersteller General Motors, das deutsche Telekommunikationsunternehmen Siemens sowie das japanische Unternehmen für Halbleiterherstellung NEC.

Auf einer Pressekonferenz, die aus Anlass der Gründung des Bezirks abgehalten wurde, nahmen der stellvertretende Bürgermeister und der Parteisekretär von Pudong, Zhou Yupeng zum veränderten Status von Pudong Stellung. Hierzu gehört eine Beendigung der bisherigen Steueraufteilung zwischen der Zentral- und der Stadtregierung. Pudong hatte bisher jährlich rd. 2 Mrd. Yuan selbst behalten können. Zhou bezeichnete das Ende dieser Steuervergünstigung für Pudong als normal, da der Bezirk inzwischen „erwachsen“ geworden sei. Die Veränderung des Status von Pudong wird

jedoch nicht die steuerlichen Vergünstigungen für ausländische Investoren betreffen.

Pudong zählt zu den Regionen, die ein besonders hohes Wachstumstempo aufweisen können. In den ersten sechs Monaten d.J. nahm das BIP um 16,2% gegenüber der Vorjahresperiode zu, der Industrieoutput stieg um 18,8% und die Exporte verzeichneten eine Wachstumsrate von rd. 30% bzw. beliefen sich auf 3,9 Mrd. US\$. (SCMP, 7.8.00)

Das Wachstumstempo in Shanghai insgesamt war im 1. Halbjahr mit 10,3% ebenfalls relativ hoch. Für das gesamte Jahr wird mit einer Zunahme des BIP um rd. 11% gerechnet. In den ersten sechs Monaten d.J. nahmen die Exporte Shanghais um 40% zu und erreichten einen Wert von 11,7 Mrd. US\$. (XNA, 4.8.00)

Die Umstrukturierung der Shanghaier Wirtschaft wird weiter vorangetrieben. Die Stadt will rd. 300 Außenhandelsunternehmen, die direkt der Shanghaier Regierung unterstehen, umgestalten. Dabei wird die Freisetzung von 6.500 Beschäftigten erwartet, das sind rd. 15% der Gesamtbeschäftigung im Außenhandel. Die der Stadt unterstehenden Außenhandelsunternehmen wickeln 15% des gesamten Shanghaier Außenhandels ab, schulden den Banken jedoch 7 Mrd. Yuan.

Für die Umstrukturierung werden verschiedene Maßnahmen eingesetzt, einschließlich des Transfers von Vermögenswerten und Privatisierung, die Börsennotierung für die gewinnträchtigsten Außenhandelsunternehmen, die Gründung von Aktiengesellschaften und Joint Venture-Unternehmen sowie die Einleitung von Konkursverfahren. (SCMP, 3.8.00) -schü-

## 29 Staatsunternehmen: 55% der Verlustunternehmen schreiben jetzt schwarze Zahlen

Während in den vergangenen Jahren stets über den Anteil der staatseigenen Unternehmen berichtet worden war, die Verluste machten, erstaunt im August d.J. die offizielle Meldung, das rd. 55% der Verlustunternehmen keine roten Zahlen mehr schreiben.

Zeng Peiyan, Minister der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission (SEPC) stellte diese Daten während der 17. Tagung des Ständigen Komitees des NVK Ende August im Rahmen seiner Rede zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im 1. Halbjahr 2000 vor.

Dem Bericht des Ministers nach hatten es 3.625 von 6.599 staatlichen Verlustunternehmen Ende Juni 2000 geschafft, wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Diese Kehrtwende erfolgte Zeng Peiyan zufolge zwei Jahre nachdem das ZK der KPCh zugesagt hat, die Staatsunternehmen zu reformieren und die Unternehmen innerhalb von drei Jahren aus der Krise herauszuführen. (XNA, 25.8.00)

Die nach offiziellen Berichten positive Entwicklung der staatseigenen Unternehmen kommentiert Huang Yiping, Leiter der Abteilung Asia Pacific Economics and Market Analysis bei Solomon Smith Barney, in einem Interview mit der Xinhua-Nachrichtenagentur. Der Erfolg der Reform der Staatsunternehmen stelle ein neues Kapitel in der Transformation Chinas in eine Marktwirtschaft dar. Die Reform der größten Staatsunternehmen sowie der vier großen staatseigenen Banken sei der nächste Schritt auf diesem Weg. Die Reformanstrengungen beinhalteten sowohl ein diszipliniertes staatliches Vorgehen als auch ein effektives Unternehmenssystem. Modernes Management und Marktwettbewerb seien der Schlüssel zum Erfolg, während die Notierung der staatseigenen Unternehmen an den Börsen und die Umwandlung der Unternehmensschulden in handelbare Papiere nur Teillösungen sein könnten. (XNA, 20.8.00)

Nach wie vor wird die Umstrukturierung von Staatsunternehmen mit Hilfe von Fusionen von der Regierung als eines der wichtigsten Instrumente eingesetzt. Ziel ist dabei vor allem die Schaffung von Großunternehmen, die international wettbewerbsfähig sind. Da dieses Ziel noch vor dem WTO-Beitritt bzw. seinen Auswirkungen auf die Industrien erreicht werden soll, macht die Regierung starken Druck auf Unternehmenszusammenschlüsse. Die Umstrukturierung soll beispielsweise die Fluggesellschaften betreffen. Hierbei sind Zusammenschlüsse von 10 Flug-

linien zu drei großen Fluggesellschaften vorgesehen. Weiterhin sollen nach der Umstrukturierung im Energiesektor nur noch zwei Dutzend von derzeit mehreren Hundert Energieunternehmen übrigbleiben. Im Automobilsektor sollen noch 10 große Pkw- und Lastwagenhersteller nach einer Umstrukturierung des Sektors mit derzeit rd. 90 Unternehmen bestehen. Auch für die Bereiche Elektronik, elektrische Haushaltsgeräte und Schiffstransport sind Umstrukturierungen vorgesehen. (AWSJ, 11.8.00) Die Übernahme von Shandong Huaneng Power durch den führenden Stromversorger Huaneng International Power Ende Juli hat das Fusionsfieber in China erneut angeheizt. (HB, 24.8.00)

Unternehmenskonkurse sind ebenfalls trotz ihrer sensiblen Wirkungen auf den Arbeitsmarkt weiter durchgesetzt worden. Für das letzte Jahr bestand nach Angaben der Xinhua-Nachrichtenagentur eine Vorgabe von 3.098 Unternehmenskonkursen, von denen tatsächlich 1.843 Unternehmen aufgelöst wurden. Hierbei wurden 29,1 Mrd. Yuan an uneinbringlichen Schulden abgeschrieben. Im laufenden Jahr sollen 1.093 Unternehmenskonkurse vorgesehen sein. (SCMP, 4.8.00) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 30 Skandal um politische Meinungsumfragen: Beeinträchtigung der akademischen Freiheit?

Seit Anfang Juli ist in Hongkong eine heftige öffentliche Kontroverse um die akademische Freiheit zur Durchführung von Meinungsumfragen entbrannt, die sich inzwischen zu einem politischen Skandal ausgeweitet hat. Regierungschef Tung Chee-hwa bzw. sein persönlicher Assistent Andrew Lo stehen unter Verdacht, in mittelbarer Weise Druck auf einen Wissenschaftler der Hong Kong University ausgeübt zu haben. Dieser führt seit längerem Meinungsumfragen zur Popularität Tung Chee-hwas und zur Glaubwürdigkeit der Hongkonger Regierung durch.

Besondere Brisanz erhielt die Kontroverse vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Popularitätswerte des Regierungschefs in den in Hongkong zahlreich durchgeführten Meinungsumfragen seit mehreren Monaten stetig im Sinken begriffen sind (vgl. C.a., 2000/6, Ü 39). Dieser Trend scheint Unterstellungen zu bestärken, Tung Chee-hwa könnte im Interesse seiner Chancen zur Fortsetzung seines Amtes des Regierungschefs, dessen Neubesetzung für das Jahr 2002 bevorsteht, versucht haben, auf das Metier politischer Meinungsumfragen Einfluss zu nehmen.

Die Kontroverse hatte ihren Ausgang genommen, als Dr. Robert Chung, Mitarbeiter an einem an der angesehenen Hong Kong University angesiedelten Meinungsforschungs-Projekt, Anfang Juli einen Artikel in der Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* veröffentlichte. Darin hatte er ausgesagt, er habe über eine „dritte Partei“ eine unmissverständliche Botschaft erhalten, wonach Tung Chee-hwa wünsche, dass die innerhalb des Universitäts-Projekts durchgeführten Meinungsumfragen zur Popularität seiner eigenen Person und zur Glaubwürdigkeit der Regierung eingestellt würden (SCMP, 7.7.00).

Unter öffentlichem Druck offenbarte Dr. Chung eine Woche später den ominösen Kanal der Druckausübung, der über den Vizekanzler der Universität, Professor Cheng Yiu-chung, und sein Prorektor, Professor Wong Siulun, führte. Die Befragung dieser beiden Personen wiederum ergab, dass im Januar 1999 Andrew Lo, der persönliche Berater und Assistent Tung Chee-hwas in Liaison-Fragen, der Hong Kong University einen Besuch abgestattet habe, anlässlich dessen die dort durchgeführten Meinungsumfragen tatsächlich Gesprächsgegenstand gewesen seien. Während Professor Cheng jegliche Druckausübung durch Herrn Lo ebenso wie auf Dr. Chung bestritt, gestand Professor Wong zu, in dem betreffenden Zeitraum zwei Mal mit Dr. Chung über das Thema der Meinungsumfragen diskutiert zu haben, blieb aber ambivalent hinsichtlich der Frage einer politischen Druckausübung durch Andrew Lo. Letzterer wiederum gab an, im Januar 1999 ohne vorherige Absprache mit Tung Chee-hwa tatsächlich Gast der Univer-

sität gewesen zu sein, wobei es sich jedoch um einen reinen Höflichkeitsbesuch zur Kontaktherstellung gehandelt habe, wie er routinemäßig in sein Aufgabengebiet gehöre. Die an der Universität durchgeführten Meinungsumfragen seien ein nahe liegendes Gesprächsthema gewesen, ohne dass er dabei versucht habe, in irgendeiner Form Druck auf die Verantwortlichen auszuüben. Regierungschef Tung Chee-hwa selbst bestritt jegliche Kenntnis der oder Verwicklung in die unterstellten Kommunikationen (SCMP, 20., 21., 24., 25., 29.7., 1., 3.8.00; WSJ, 21., 24., 26.7.00).

Angesichts der uneindeutigen Lage setzte die Hong Kong University Anfang August einen unabhängigen Untersuchungsausschuss ein, der den Fall durch Anhörungen der Beteiligten klären sollte. Während Andrew Lo sich bereit erklärte, vor dem Ausschuss auszusagen, verweigerte Tung Chee-hwa seine Präsenz mit der Begründung, dass er die Würde seines Amtes nicht gefährden könne; er schickte stattdessen einen Vertreter vor den Ausschuss. Damit entsprach er Empfehlungen von Seiten Beijing-naher Medien sowie eines Hongkonger Delegierten zum Nationalen Volkskongress, die vermuteten, dass sich hinter den Unterstellungen Dr. Chungs eine Intrige verberge, die darauf angelegt sei, Tung Chee-hwa zu kompromittieren (SCMP, 24.7., 1., 2.8.00; WSJ, 28.7.00).

Nach elftägigen Anhörungen, die live im Rundfunk übertragen wurden, legte der Untersuchungsausschuss der Öffentlichkeit am 1. September einen 74-seitigen Bericht über den Fall vor. Darin befand er, dass das zu Grunde liegende Gespräch zwischen Andrew Lo und Professor Cheng im Januar 1999 insofern über den Rahmen eines reinen Höflichkeitsbesuchs hinausgegangen sei, als Lo darin bezweifelt habe, ob Dr. Chung nicht in einem Rollenkonflikt befangen sei. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit im Zusammenhang mit den Meinungsumfragen sei dieser nämlich in der Vergangenheit auch als politischer Kommentator aufgetreten, als er vor der Übergabe Hongkongs im Jahr 1997 ein Dokument an Tung Chee-hwa verfasst hatte, das sich mit der Frage politischer Reformen auseinandersetzte. In Reaktion auf das Gespräch mit An-